

# Der Enquete-Bericht: Handlungsanleitung für Kommunen?



Klaus Hebborn ist  
Kulturdezernent des  
Deutschen Städtetages

Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission hat 2007 einen umfassenden Bericht zur Situation der Kultur in Deutschland vorgelegt und Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen ausgesprochen. Der hochrangig besetzten Kommission gehörten auch zwei kommunale Vertreter an. Der Deutsche Städtetag hat sich in der Folgezeit intensiv mit dem Bericht befasst und sich mit den kommunal relevanten Empfehlungen der Kommission auseinandergesetzt. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat in seiner 375. Sitzung 2009 eine ausführliche Positionierung beschlossen. Darin spricht sich der Deutsche Städtetag u.a. für eine Aufnahme der Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aus. Der Beschluss enthält darüber hinaus grundlegende Aussagen zur kommunalen Kulturpolitik und zur Kulturförderung ([www.staedtetag.de/fachinformationen/kultur/057899/index.html](http://www.staedtetag.de/fachinformationen/kultur/057899/index.html)).

Zehn Jahre Enquete-Bericht sind Anlass zu fragen, welche Bedeutung der Bericht für die Weiterentwicklung der Kulturpolitik der Städte gehabt hat und welche Handlungsbedarfe heute bestehen.

## Kommunaler Kulturauftrag

Der Enquete-Bericht war nicht nur eine umfassende Bestandsaufnahme der Kultur in Deutschland, sondern hat darüber hinaus auch die kul-

turpolitische Diskussion auch der Kommunen nachdrücklich befördert. In diesem Sinne hat er zur Schärfung des kommunalen Kulturauftrages beigetragen: Kultur ist seit jeher integraler Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Ihre Förderung ist in den Gemeindeordnungen respektive Landesverfassungen als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe geregelt. Daraus ergibt sich ein eigenständiger Gestaltungsauftrag der Städte und Gemeinden. Der Bericht hat aber auch deutlich gemacht, dass die Förderung der Kultur und der kulturellen Infrastruktur sich nicht auf die öffentlichen Hände beschränkt, sondern auch Aktivitäten Dritter, insbesondere der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft umfasst. Kultur in der Stadt ist insoweit wesentlich mehr als Kultur von der Stadt. Der Governance-Ansatz ist inzwischen Grundlage kulturpolitischer Konzepte in den meisten Städten.

## Konzeptbasierte Kulturpolitik

Der Enquetebericht hat die Kulturentwicklungsplanung in den Kommunen neu belebt. Kulturentwicklungsplanung war lange Zeit verpönt, vor allem mit dem Argument, Kultur sei im herkömmlichen Sinne nicht »planbar«, Planung sei mit bürokratischen Fesseln verbunden und stehe im Widerspruch zu künstlerischer Freiheit und Kreativität. Inzwischen hat sich die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass Kulturpolitik und öffentliche Kulturförderung Ziele formulieren, sich mit ihren Wirkungen und mit

Erdmöbel aus Köln am 8.12.2017 in der Ebertplatzpassage. Auf Einladung des Kunstvereins Brunnen zeigten die Ansässigen, Kunstgalerien und afrikanische Gastronomen, dass der Ebertplatz durchaus belebt werden kann. Er war wegen Drogenhandels und zuletzt einer Messerstecherei mit Todesfolge in die Kritik geraten. Es gab Stimmen, die Zugänge zuzuschütten.



Teilhabefragen auseinandersetzen müssen. Eine konzeptbasierte Kulturpolitik einschließlich ihrer Evaluierung ist in einem demokratischen Rechtsstaat mit Blick auf die Verwendung und die Transparenz öffentlicher Mittel notwendig. Folgerichtig hat sie auch in neue gesetzliche Regelungen wie z.B. das Kulturförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen Eingang gefunden.

#### Datenbasis und regelmäßiges Kulturmonitoring

Eine entscheidende Voraussetzung konzeptbasierter Kulturpolitik ist eine regelmäßig erhobene, umfassende und gleichzeitig differenzierte Datengrundlage. Wer steuern will, braucht Daten und Fakten. Zwar gibt es bundesweite Daten zur Kulturfinanzierung in Form des regelmäßig erscheinenden Kulturfinanzberichtes des Statistischen Bundesamtes. Ein Kulturbericht, der das Kulturangebot und die kulturelle Infrastruktur bundesweit abbildet, existiert bislang jedoch nicht. Notwendig für Entscheidungen über öffentliche Fördermittel für die Kultur sind Informationen über deren Wirkung, über Zugänge, über die Nutzung der verschiedenen Angebote und Einrichtungen sowie über Entwicklungen, die anhand von Zeitreihen dargestellt werden können. Ein solcher »Bericht über die Kultur in Deutschland« sollte zukünftig regelmäßig erstellt werden und diese Lücke schließen. Der Bund ist aufgefordert, sich mit den Ländern entsprechend zu verständigen und sich wegen der gesamtstaatlichen Bedeutung finanziell zu engagieren bzw. die Finanzierung zu übernehmen. Vorbild eines solchen bundesweiten Kulturberichtes könnte der 2017 erstmals veröffentlichte und künftig regelmäßig vorgesehene Landeskulturbericht Nordrhein-Westfalen sein, der gemeinsam vom Land Nordrhein-Westfalen, den kommunalen Spitzenverbänden und mit Unterstützung des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft auf der Grundlage des Kulturförderungsgesetzes erstellt worden ist.

#### Kulturelle Bildung

Die Bedeutung der kulturellen Bildung ist durch den Enquete-Bericht deutlich in den Fokus gerückt worden. Diese Aufwertung hat sich in zahlreichen Programmen niedergeschlagen: Der Bund engagiert sich mit »Kultur macht stark« seit einigen Jahren mit erheblichen Mitteln in diesem Bereich. Die Länder und auch viele Städte haben eigene Programme aufgelegt und Initiativen zur kulturellen Bildung ergriffen. Wenngleich der Empfehlung der Enquete-Kommission, Bibliotheksaufgaben und weitere Bereiche der kulturellen Bildung als kommunale Pflichtaufgabe auszugestalten, seitens des Deutschen Städtetages nicht gefolgt werden kann, sollten rechtliche Regelungen zur Förderung kultureller Bildung gleichwohl geprüft werden. Diese sind so zu gestalten, dass auch Städten und Gemeinden in prekärer Haushaltssituation ein Engagement ermöglicht wird. Hierdurch könnten zum einen die Gleichwertigkeit von (pflichtiger) schulischer und außerschulischer kultureller Bildung sowie zum anderen eine dauerhafte Verankerung der kulturellen Bildung in Kultur und Bildung befördert werden. Darüber hinaus müssen die verschiedenen Programme besser aufeinander abgestimmt werden.

#### Fazit

Insgesamt kann eine Dekade nach der Veröffentlichung des Enquete-Berichtes festgestellt werden, dass dieser viele Impulse für die kulturpolitische Diskussion auf den verschiedenen Ebenen, insbesondere auch in den Kommunen gegeben hat. Wenngleich der Bericht keine Handlungsanleitung im Sinne einer 1:1-Umsetzung der Handlungsempfehlungen darstellt, ist er gleichwohl durchaus handlungsleitend für die Weiterentwicklung gerade auch der kommunalen Kulturpolitik. ■